

Bevölkerungsreaktionen zum Treffen Honecker und Schmidt (1)

5. Dezember 1981

Erste Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Treffen Honecker – Schmidt [Bericht O/104a]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 4164, Bl. 1–3.

Serie

Ablage O (Reaktionen der Bevölkerung).

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Schorm (ZAIG/1).

Verweise

Bericht [O/104b](#) vom 11.12.1981, Bericht [O/104c](#) vom 12.12.1981, Bericht [O/104d](#) vom 13.12.1981, Bericht [O/104e](#) vom 14.12.1981 und Bericht [O/104f](#) vom 15.12.1981.

Die Mitteilung über das vorgesehene Treffen wurde *mit großem Interesse* aufgenommen.¹

Bisher bekannt gewordene Meinungsäußerungen (Bezirke Erfurt, Rostock, Potsdam, Karl-Marx-Stadt) überwiegend positiv-zustimmend.

Im Vordergrund stehen solche Meinungen:

- Verhandlungen sind immer als positiv zu werten und dienen der Verständigungsbereitschaft,
- es ist zu begrüßen, dass beide Staatsmänner doch noch an einen Tisch kommen,
- der *Breschnew*-Besuch in der BRD² hat den Weg geebnet für Verhandlungen auch auf dieser Ebene.

Hervorgehoben wird: Wichtigstes Verhandlungselement sei die Frage zur Erhaltung des Friedens. Im Zusammenhang damit *Erwartungshaltung* dass bestimmte Übereinstimmung (angeführt zum Problem Abrüstung von Mittelstreckenraketen im mitteleuropäischen Raum) erzielt wird.

Skeptische Haltungen: Verhandlungen würden sowieso nicht zu Ergebnissen führen, da die von *Schmidt* vermeintlich zu erwartenden Forderungen kein Gehör finden würden.

Zu erkennen, dass in zunehmendem Maße in Meinungsäußerungen Argumentationen der Westmedien Eingang finden.

Im Zusammenhang damit *Spekulationen*,

- vornehmlich würde über »menschliche Erleichterungen« verhandelt,
- Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger in kapitalistische Staaten würden erweitert, Wege zur Erschließung des Tourismus würden eröffnet,
- es sei mit einer Herabsetzung der Grenze des Reisealters in die BRD zu rechnen,
- die DDR würde die Erhöhung des Mindestumtauschsatzes rückgängig machen,
- die BRD werde die weitere Gewährung wirtschaftlicher Vergünstigungen (genannt wird in einigen Fällen das »Swing-Abkommen«)³ davon abhängig machen, inwieweit die DDR auf die Forderungen der BRD nach »menschlichen Erleichterungen« eingehe.

In Einzelfällen Äußerungen mit *negativer Grundhaltung*:

- Die Begegnung finde deshalb außerhalb Berlins statt, um Sympathiebekundungen der DDR-Bevölkerung für *Schmidt* auszuschließen, die D habe einseitig auf das Zustandekommen des Treffens gedrängt, um zusätzliche Kredite für die »sinkende Wirtschaftskraft« zu erhalten.

1

Ein Treffen Honecker – Schmidt war ursprünglich für das Frühjahr 1980 geplant, wurde aber Ende Januar 1980 verschoben. Auch die für August 1980 vonseiten der DDR bis ins Detail vorbereitete Begegnung kam nicht zustande. Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt fand schließlich in der Zeit vom 11. bis 13.12.1981 am Werbellinsee statt.

2

Der Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew war im Mai 1981 in Bonn.

3

Swing beinhaltete im bilateralen Außenhandel zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland einen vertraglich vereinbarten zinslosen

Überziehungskredit. Die Swing-Regelung wurde im Juni 1982 verlängert, aber reduziert, der nichtkommerzielle Zahlungsverkehr erhöht. Als Gegenleistung sicherte die DDR sogenannten Republikflüchtlingen vor dem 1.1.1981 Straffreiheit auf Transit- und DDR-Reisen zu. Westberliner durften Tagesbesuche in Ostberlin und in der DDR bis 2.00 Uhr (bisher 0.00 Uhr) ausdehnen.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.